

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON 42 805. KL. 2971-2974, FS (7) 5662

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

GEÄNDERTE ADRESSE! Halbstock, Stiege 4, Zimmer 247 d-i

Freitag, 26. Jänner 1968

Blatt 196

Budget-Ausstellung in der Volkshalle

26. Jänner (RK) Vom 5. bis 25. Februar findet in der Volkshalle des Rathauses eine Ausstellung über das Budget statt. Sie wird täglich von 11 bis 18 Uhr geöffnet sein, der Eintritt ist frei. An Hand von Bildtafeln und Modellen soll ein Überblick über die Verteilung der Wiener Budgetmittel im Jahre 1968 gegeben werden.

Diese Budget-Ausstellung bietet erstmalig die Gelegenheit, auch den Wienern das neue große Modell der Wiener Innenstadt zu zeigen, das bisher in Wien nur die Vertreter der Presse sehen konnten, weil es sofort nach seiner Fertigstellung für eine Wien-Ausstellung in Jugoslawien benötigt wurde.

Diese Auslandsausstellung, deren Attraktion das Modell nun ist, hat bekanntlich in Agram 35.000 und in Laibach etwa 10.000 Besucher angelockt.

- - -

Stachelhalsbänder verboten
=====

26. Jänner (RK) Das Landesgesetzblatt für Wien, 1. Stück, Jahrgang 1968, enthält die Verordnung über das Verbot der Verwendung von Stachelhalsbändern.

Das Landesgesetzblatt ist im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich. Verkaufspreis 1 Schilling.

- - -

Autobuslinie 49 wieder auf normaler Route
=====

26. Jänner (RK) Ab Samstag, dem 27. Jänner, fahren nach teilweiser Beendigung der Arbeiten an den Wasserleitungsrohren in der Bierhäuselberggasse die Autobusse der Linie 49 ab Anzbachgasse/Bierhäuselberggasse wieder auf der normalen Fahrstrecke über Bierhäuselberggasse - Samtwandnergasse - Linzer Straße zur Stadtbahnstation Hütteldorf. Die Haltestellen Bierhäuselberggasse nach Anzbachgasse, Bierhäuselberggasse vor Alois Behr-Straße, Bierhäuselberggasse vor Samtwandnergasse, Samtwandnergasse vor Linzer Straße und Linzer Straße nach Utendorfgasse werden wieder errichtet.

- - -

Studienförderung und nackter Hundertwasser
=====

26. Jänner (RK) Im ersten Teil einer von den Studenten des Internationalen Studentenheimes der Stadt Wien organisierten Veranstaltung, sprach gestern abend Kulturstadträtin Gertrude Sandner über die Studien- und Wissenschaftsförderung der Stadt Wien. Stadträtin Sandner führte aus, daß die Förderung von Studium und Wissenschaft durch die Stadt Wien im Zusammenhang mit der gesamten Kulturarbeit gesehen werden muß. Sie verwies dabei auf das schon in ihrer Budgetrede in sieben Punkten dargelegte Kulturprogramm der Stadt Wien.

Daß Wiens Leistung auf diesem Sektor wirklich beachtenswert ist, geht schon daraus hervor, daß im heurigen Jahr die Ausgabe für Stipendien um weitere 50 Prozent erhöht wurden, daß erstmals in Österreich in Wien schon ab der ersten Klasse der allgemein bildenden höheren Schulen Stipendien vergeben werden. Der in Aussicht genommene Bau des zweiten Teiles des Studentenheimes in der Vegagasse, dessen Kosten 95 Millionen Schilling betragen werden, ist der beste Beweis für den Willen der Wiener Stadtverwaltung, ihren Studenten zu helfen.

In diesem Studentenheim wird neben einer Mensa auch zum erstenmal die Möglichkeit geschaffen werden, Studentenehepaaren (auch mit Kindern) die Möglichkeit zur Vollendung ihres begonnenen Studiums zu bieten. Der Grundsatz für die Förderung durch die Stadt Wien auf diesem Gebiet ist, jeden, unbeschadet seiner Herkunft und Mittel, die Möglichkeit zum Studium zu eröffnen.

Auf dem Gebiet der Wissenschaftsförderung ist besonders der Bau des Allgemeinen Krankenhauses als Klinik, dessen Kosten zur Hälfte von der Stadt Wien getragen werden, Wissenschaftsförderung im wahrsten Sinne des Wortes. Darüber hinaus subventioniert die Stadt Wien die Akademie der Wissenschaften und verschiedene Stiftungen.

Zusammenfassend stellte die Kulturstadträtin fest, daß die Stadt Wien ebenso wie der Bund im großen und ganzen nur im Rahmen des ihr durch die Bundesverfassung zugewiesenen Kompetenzbereiches tätig werden kann. Selbstverständlich ist Wien immer wieder bemüht, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten und unter Bedachtnahme auf seine sonstigen Aufgaben Studium- und Wissenschaftsförderung zu betreiben.

Im Anschluß an dieses Referat entspann sich eine angeregte Diskussion, in deren Verlauf die Kulturstadträtin den Studenten verschiedenste Fragen beantwortete. Zum Schluß dieser Diskussion erklärte sie ihre Bereitschaft, zu einem späteren Termin einer Einladung der Studenten zu einem Diskussionsabend gerne Folge zu leisten.

Farben an der Wand

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde die 12. Ausstellung des Internationalen Studentenheimes, die dem Maler Fritz Hundertwasser gewidmet ist, von Kulturstadträtin Sandner mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Sie ersuchte dann den Maler selbst, das Wort zu ergreifen. Dieser läßt zunächst eine Begrüßungsschallplatte abspielen und ehe er mit seinen Ausführungen beginnt, schleudert der Maler eine Hand voll schwarzer und roter Farbe gegen Decke und Wand. Die Farben spritzen bis in die ersten Reihen der Anwesenden. Stadträtin Sandner verließ daraufhin die Veranstaltung.

Kaum hatte Hundertwasser diesen Teil seines "künstlerischen Programms" beendet, zog er sich splinternackt aus und begrüßte dann seine Zuhörer und Anbeter, wobei er sich zu übelsten Beschimpfungen gegen das Studentenheim hinreißen ließ. Er forderte die Studenten auf, nicht länger diese Enge zu erdulden und zu revoltieren. Nachdem sich Hundertwasser wieder angekleidet hatte, verschwand er. Danach wurde noch ein Film über Leben und Werdegang des Malers Fritz Hundertwasser gezeigt.

Sitzung des Wiener Landtages

=====

26. Jänner (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag zu seiner ersten Sitzung im Neuen Jahr zusammen. Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer gedachte zunächst der seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Karl Swoboda, Franz Steinweis und Maria Kaiser.

Einzigster Punkt der Tagesordnung war eine Änderung des Verwaltungsabgabengesetzes. Wie Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik (SPÖ) als Berichterstatter dazu erläuterte, kam es auf Grund eines Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisses zu eingehenden Diskussionen zwischen den Juristen des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt und der Bundesländer über die Möglichkeiten des Landesgesetzgebers auf dem Gebiet der Verwaltungsabgaben. Die Auffassungen der Bundesdienststellen und der Bundesländer gehen diesbezüglich noch weit auseinander. Um eine einheitliche Rechtsauffassung wird gegenwärtig noch gerungen.

Dessen ungeachtet muß das Land Wien klare rechtliche Grundlagen für die Verwaltungsabgabenpraxis schaffen. Der vorliegende Entwurf sieht eine Erhöhung des Höchstbetrages von 2.000 auf 4.000 Schilling vor. Jene Verwaltungsabgaben, die seit 1950 unverändert geblieben sind, werden um 100 Prozent erhöht, jene, die 1957 letztmalig festgesetzt wurden, um 30 Prozent. In diese letzte Kategorie fallen Abgaben in Kino- und Theaterangelegenheiten. Zeitungsmeldungen sprechen in diesem Zusammenhang von einem neuen "Todesstoß" gegen die Kinos. Dazu ist zu sagen, daß die Abgaben nur für neue Konzessionen gelten und keine Belastung bestehender Lichtspieltheater darstellen. Es werden im Gegenteil sogar mögliche Konkurrenten der Kinos mit Abgaben belastet, jedoch in durchaus zumutbarem Ausmaß.

Die Änderung des Verwaltungsabgabengesetzes wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

26. Jänner (RK) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates, die an die Landtagssitzung anschloß, fand eine Trauerkundgebung für die drei verstorbenen Gemeinderatsmitglieder Karl Swoboda (SPÖ), Franz Steinweis (ÖVP) und Maria Kaiser (SPÖ) statt. Bürgermeister Bruno Marek würdigte eingehend den beruflichen Werdegang, die politische Laufbahn und die kommunalpolitischen Leistungen der Verewigten und betonte, daß die Stadt Wien ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren werde.

An Anfragen lagen vor: von Gemeinderäten der Kommunisten und Linkssozialisten vier, von den Gemeinderäten der Freiheitlichen Partei eine und von Gemeinderäten der Österreichischen Volkspartei zwei.

Die SPÖ beantragte, ihre an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe XI gerichtete Anfrage, betreffend Einsatz der Feuerwehr beim Brand des Modehauses Adlmüller zu verlesen und zu besprechen. Vor Schluß der Sitzung soll über die Behandlung des Antrages abgestimmt werden.

Durch den Tod der Gemeinderäte Swoboda und Steinweis ist je ein Mandat im 11. und 12. Bezirk freigeworden. Für den 11. Bezirk wurde Johann Paulas (SPÖ) vorgeschlagen, für den 12. Bezirk Ludwig Deutsch (ÖVP).

Eine weitere Wahl wird durch das Zurücklegen der Funktion zweier Mitglieder des Gemeindevermittlungsamtes für den 18. Bezirk notwendig. An die Stelle dieser beiden Mitglieder sind zwei Ersatzmitglieder nachgerückt. Als neue Ersatzmänner schlägt die Sozialistische Partei Bezirksrat Josef Schöllnbauer vor, die Österreichische Volkspartei Bezirksrat Ludwig Schletzer.

Beirat des Wiener Wohnbaufonds

Gemäß den Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds hat der Wiener Gemeinderat 12 Mitglieder und 9 Ersatzmitglieder des Beirates des Wiener Wohnbaufonds zu wählen. Die SPÖ schlägt für diese Wahl als Mitglieder vor: Vizebürgermeister Slavik, die Stadträte Heller, Maria Jacobi und Glaserer, Nationalrat Weikart, die Gemeinderäte Windisch und Ing.Hofmann sowie Dr.Alfred Holoubek und als Ersatzmitglieder Stadtrat Pfoch, die Gemeinderäte Maria Hlawka, Dkfm.Hintschig, Ing.Hofstetter, Nationalrat Dr.Staribacher sowie Herbert Glaser. Die ÖVP nominiert: Vizebürgermeister Dr.Drimmel, Gemeinderat Hahn, Kommerzialrat Ing.Franz Hauschka sowie Kommerzialrat Ernst Schmidt und als Ersatzmitglieder die Gemeinderäte Dr.Bauer, Dipl.-Ing.Dr.Strobl und Dr.Ebert.

Durch den Tod von Gemeinderat Steinweis ist je eine Stelle in den Gemeinderatsausschüssen IV und V freigeworden. Die Volkspartei schlägt für den Ausschuß IV GR.Deutsch und für den Ausschuß V GR.Leinkauf vor.

Durch den Tod von GR.Maria Kaiser ist eine Stelle im Ausschuß X freigeworden. Die SPÖ schlägt GR.Paulas vor.

Alle Vorschläge werden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Rechnungshof über die Stadthalle

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legt sodann den Prüfungsbericht des Rechnungshofes über die Wiener Stadthalle-Stadion Betriebs- und Produktionsgesellschaft m.b.H. für die Jahre 1961 bis 1965 vor sowie die diesbezüglichen Äußerungen des Wiener Stadtsenates. Der Rechnungshof führte diese Überprüfung in den Monaten November und Dezember 1965 innerhalb der Gebarungsprüfung der Bundeshauptstadt durch. Daraus soll man jedoch nicht den Schluß ziehen, daß der Rechnungshof im Zeitpunkt der Prüfung nicht auch gleichzeitig schon die weitere Entwicklung mitbeachtet und mitüberlegt hat.

Hinsichtlich der Betriebsabrechnung habe der Rechnungshof einleitend festgestellt, daß es sich um eine überaus schwierige Materie handle. Die Vorschläge des Rechnungshofes seien inzwischen seitens der Betriebsleitung verwirklicht worden.

Es war eine Verzögerung bei der Vorlage der Bilanzen festzustellen. Der Rechnungshof habe jedoch anerkannt, daß es insbesondere im Zusammenhang mit dem Filmverleih "Nora" schwierig gewesen wäre, Bilanzen zu legen, und zwar wegen der Doppelbesteuerung in Österreich und in Deutschland.

Seit der Einschau des Rechnungshofes konnten jedoch alle noch ausstehenden Bilanzen fertiggestellt werden.

Der Rechnungshof-Bericht beschäftigte sich auch mit der Filmproduktion der Wiener Stadthalle und der Beteiligung an der "Nora". Manche hätten sich Sensationen aus diesem Bericht erwartet, stellte der Vizebürgermeister fest, diese Sensationen seien jedoch ausgeblieben und werden immer ausbleiben. Es gäbe nichts zu berichten, was der Gemeinderat nicht schon wisse.

Durch die Stadthallenproduktion seien der österreichischen Wirtschaft rund 270 Millionen Schilling zugeflossen. Neben der wirtschaftlichen sei auch die kulturelle Bedeutung des Wirtschaftszweiges Film zu bedenken.

Der Rechnungshof-Bericht zeigte auch die Risiken der Filmproduktion auf. Damals waren jedoch noch nicht die Einspielergebnisse der Stadthallenproduktion bekannt. Von den 25 produzierten Filmen haben acht Filme das eingesetzte Kapital bereits eingespielt. Einige Filme stehen derzeit knapp unter den Produktionskosten. Die Produktionskosten überspielt haben die Filme "Unsere tollen Nichten", "Schwarze Kobra", "Ruf der Wälder"; "Die große Kür".

Die Filme "Schwarzes Rössel am Wolfgangsee" und "Die Welt dreht sich nur um dich" stehen derzeit hinsichtlich des Einspielergebnisses knapp unter den Produktionskosten.

Die Produktionskosten eingespielt wurden von den Filmen "Und du, mein Schatz, bleibst hier", "Unsere tollen Tanten" sowie "Tanze mit mir in den Morgen".

In Eigenproduktion habe die Stadthalle gute, mittelmäßige und stark kritisierte Filme hergestellt. Beim UNO-Film "Mohn ist auch eine Blume", dessen Verleih die Stadthalle übernommen hatte, war eine Vorleistung von 30 Millionen Schilling erforderlich. Dieser Film habe bisher 37,224.000 Schilling einge spielt.

Die vom Rechnungshof kritisierte Verbindung zur "Nora" habe bereits dazu geführt, daß die Produktionen der "Nora" eingestellt wurden.

Hinsichtlich des Besuchs der Stadthalle sei ein gewisser Rückgang der Besucherzahlen festzustellen. Es seien 1963/64 nicht so viele Besucher gekommen wie 1960/61, aber auch 1963/64 sind mehr als eine Million Menschen pro Jahr in die Stadthalle gekommen. Der Einnahmenrückgang bewege sich bei Training und Vermietung um etwa eine Million Schilling. Bei den Vorstellungen sank er von 7,71 auf 4,73 Millionen ab. Hinsichtlich der Großveranstaltungen seien die Einnahmen jedoch von 16,85 auf 20,38 Millionen gestiegen.

Anschließend kam Vizebürgermeister Slavik auf jenen Teil des Rechnungshofberichtes zu sprechen, der sich mit dem Stadion und dem Stadionbad beschäftigt.

Der Rechnungshof habe vorgeschlagen, in Zukunft keine Kabanen mehr zu errichten, weil sich diese erst in 15 Jahren amortisieren, während die Amortisation bei Kabinen nach nur acht Jahren abgeschlossen sei. Obwohl die Nachfrage nach Kabanen sehr groß sei, wurde seit dem Bau des ersten Anlageteiles kein zweiter Teil errichtet.

Die Verpachtung des Donauparkes und der dortigen Anlagen (Eishalle, Restaurant) an die Stadthalle sei ein kompliziertes, noch nicht restlos gelöstes Problem. Möglicherweise werde man die Verträge ändern und die Verwaltung des Donauparkes wieder der Gartenabteilung übertragen.

Hinsichtlich des Filmzentrums sagte der Berichterstatter, daß es erfreulicherweise aktiv sei. Man werde in Hinkunft dieses Filmzentrum in gewisse Überlegungen einbeziehen müssen, wie man dem Österreichischen Film neue Startmöglichkeiten geben könne.

Die Empfehlungen, die der Rechnungshof in seinem Bericht ausgesprochen habe, seien, sagte Slavik, durch die mittlerweile erfolgte Einstellung der Filmproduktion zum Teil überholt.

Im gesamten sei die Entwicklung der Stadthalle durchaus positiv, meinte der Berichterstatter: Sie erhalte sich aus eigener Kraft, und es werde wohl kaum irgendwo in Europa eine in ihrer Verwendung so universelle Halle geben, deren Programmbogen sich vom Reitturnier bis zum Gottesdienst spanne.

Natürlich hätten die Verluste durch die Nora Anlaß zu berechtigter Kritik gegeben. Aber über dieser Kritik solle man doch nicht die große Gesamtleistung übersehen. Im übrigen solle der Gemeinderat den Bericht des Rechnungshofes nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch - so ersuchte der Referent - dem Rechnungshof für die Prüfung und die ausgesprochenen Empfehlungen danken.

Als erster Diskussionsredner gelangte GR. Lauscher (KLS) zum Wort. Er wolle sich nur mit der Filmproduktion beschäftigen. Die Darlegungen Vizebürgermeister Slaviks zur finanziellen Gebarung auf diesem Sektor seien unklar. Die "Internationale Filmrundschau" habe noch im November vorigen Jahres geschrieben, das "Filmabenteuer" habe die Stadt Wien bis zu diesem Zeitpunkt rund 250 Millionen Schilling gekostet. Der Berichterstatter habe aber nur einen Abgang von nicht einmal vierzig Millionen erwähnt. Zu einem dritten Ergebnis sei der Rechnungshof gekommen, der von Ausgaben in der Höhe von 191 und Einnahmen in der Höhe von 84 Millionen Schilling gesprochen habe.

Lauscher sagte weiter, er könne sich auch nicht der optimistischen Beurteilung des UNO-Films "Mohn ist auch eine Blume" anschließen. Dieser Film sei in der ganzen Welt eine Riesenpleite gewesen. Fachleute seien nicht der Meinung, daß dieser Film seine Kosten eingespielt haben könne.

Grundsätzlich jedoch bekannte sich der Redner namens seiner Fraktion zu einer von der Stadt Wien betriebenen Filmproduktion. Als Bedingung stellte er allerdings den Einbau der nötigen künstlerischen und kaufmännischen Sicherungen in den Vordergrund.

Nach ihm kam GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zum Wort. Er sprach von "aufschlußreichen Einblicken" in die Geschäftsführung der Stadthallengesellschaft, die der Bericht des Rechnungshofes gewährt habe. Seine Fraktion, habe schon gewußt, warum sie vor

einem Jahr den Antrag gestellt habe, den Rechnungshof zu einer Überprüfung der Filmproduktion ihrer Gesamtheit einzuladen.

Der Bericht, so resümierte der Redner, sei keineswegs schmeichelhaft für die Geschäftsführung der Stadthallengesellschaft. Wie ein roter Faden zügen sich durch den ganzen Bericht schwere Mängel in der Betriebs- und Buchführung.

Der Redner kritisierte dann im besonderen die mangelhafte Buchführung in der Stadthalle und betonte, man soll nicht übersehen, daß laufend Gelder, die baulichen Herstellungen und Erhaltungsarbeiten gewidmet waren, anderwärtig verwendet wurden. Es muß gesagt werden, daß die Stadthalle Millionenbeträge der Stadt Wien mangelhaft verwaltet hat. Auffallend ist, daß ab dem Geschäftsjahr 1962 in den Abrechnungen nur mehr die Globalsummen eingesetzt wurden und eine öffentliche Abrechnung der zweckgebundenen Mittel nicht feststellbar ist.

Der Redner stellt dann fest, daß die Stadthalle also jahrelang den Gemeinderat grob getäuscht hat und fragt, ob dies auch dem Aufsichtsrat bekannt war. Der Rechnungshof stellt in Punkt 10 fest, daß bis 1961 keinerlei Liquiditätsschwierigkeiten bestanden, ab 1961 dies sich jedoch trotz mehrfacher Erhöhung des Stammkapitals geändert hat und der Aufsichtsrat trotz einer angespannten Finanzlage dem Ankauf der Nora zustimmte. Oder war die Finanzsituation der Stadthalle dem Aufsichtsrat vielleicht nicht bekannt? Der Rechnungshof stellt dann fest, daß die Liquidität der Stadthalle ohne den von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Mitteln sehr gefährdet wäre. Die Übertragung der Bauchlichkeiten in das Eigentum der Stadthallen Ges.m.b.H. war keine Voraussetzung für die Kreditaufnahme, sondern die Stadt Wien mußte als Bürge und Zahler einspringen. GR. Dr. Schmid gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Stadthallen Gesellschaft beschlossen hat, die Filmproduktion einzustellen. Dies entspricht auch den Ratschlägen des Rechnungshofes. Er stellte in seinen weiteren Ausführungen fest, daß die Stadthalle von der Stadt Wien gehätschelt und verwöhnt wurde. Dies wird auch vom Stadtsenat zugegeben und dieser verweist zu seiner Rechtfertigung auf ausländische Beispiele.

In einem weiteren Punkt des Rechnungshofberichtes wird die Stadt Wien gerügt, weil sie sich keine Gewinnbeteiligung bei der WIG vertraglich zusichern ließ, obwohl sie die Ausfallhaftung übernommen hatte. Dies ist unwirtschaftlich. Hinter jedem Versagen der Gesellschaft steht immer wieder die Stadt Wien mit ihren Millionen. Wenn es eine Wendung zum Besseren geben soll, dann ist neben der Einstellung der Filmprojekte eine ordentliche kaufmännische Geschäftsführung erforderlich. Darüber hinaus ist eine öffentliche Kontrolle unerlässlich.

Als nächster Debattenredner kommt GR. Dr. Bauer (ÖVP) zu Wort und stellt abermals die Frage, warum denn Wien sich in das Filmgeschäft eingelassen habe und Steuergelder nicht für andere Investitionen verwendet hätte. Da er den Bericht des Rechnungshofes genau studiert habe, mußte er bedauerlicherweise viele Schreib- und grammatikalische Fehler feststellen und ersucht, für eine Kontrolle und Korrektur zu sorgen.

Der Rechnungshofbericht wird durch Gegenäußerungen erläutert, die aus einer Zeit stammen, über die noch gar kein Bericht vorliegt. Von den Einschauberichten über jene Zeit, in der es eine Filmproduktion gab, sind Überraschungen zu erwarten, die den ÖVP-Standpunkt in dieser Frage sicher bestätigen werden.

Der Redner nannte sodann eine Reihe von reißerischen Filmtiteln, die aus der Stadthallenproduktion stammen und bezweifelte den kulturellen Wert dieser Streifen. Er bemängelte, daß man sich nicht erstklassige Fachleute aus dem Ausland geholt habe, die sicher nicht solchen Mist produziert hätten, wie dies die Stadthalle mit Steuergeldern der Wiener getan habe.

Auch Dr. Bauer bezeichnete es als den gravierendsten Punkt, daß Treuhandgelder mißbräuchlich verwendet wurden. Er stellte in diesem Zusammenhang fest, daß Wien angesichts dieses leichtfertigen Umganges mit öffentlichen Geldern nicht das Recht habe, auf einem mit einem roten Rathausmann gekennzeichneten Plakat über die finanzielle Benachteiligung durch den Bund zu klagen. (Stadtrat Bock, SPÖ: "Dies ist ein sehr billiges Argument; bei der Benachteiligung Wiens durch den Bund geht es um Milliarden!")

Die ÖVP halte an ihrer Forderung fest, nach der Filmproduktion nun auch den Filmverleih zu liquidieren. Sie nehme den Rechnungshofbericht mit Dank zur Kenntnis, teile jedoch die Stellungnahme des Stadtsenates zu diesem Bericht nicht, weshalb über diese beiden Dinge eine getrennte Abstimmung vorgenommen werden sollte.

GR. Hans Mayr (SPÖ) betonte einleitend, daß es die primäre Aufgabe des Rechnungshofes ist, Mängel aufzuzeigen, also das Negative herauszustreichen. Die positiven Leistungen stehen naturgemäß weniger im Blickfeld. Betrachtet man aber den Betrieb der Stadthalle im allgemeinen, so erkennt man die Bedeutung dieses kulturellen Zentrums für Wien. Bei der Verpflichtung, den Betrieb möglichst kostendeckend zu führen, müssen natürlich auch populäre und kassenwirksame Veranstaltungen wie das Oktoberfest durchgeführt werden. Eine ganze Reihe von großen, internationalen sportlichen Ereignissen wären in Wien ohne die Stadthalle jedoch gar nicht möglich gewesen. Auch die Eisrevue hat erst durch die Stadthalle einen entsprechenden Rahmen und Erfolg gefunden. Selbst der Rechnungshof betont die "das normale Maß stark übersteigende Arbeitsleistung der Geschäftsleitung und des Personals", denen dafür Dank gebührt. Auch die Besucherfrequenz zeigt die Beliebtheit der Stadthalle.

Bei aller Notwendigkeit, strenge Maßstäbe anzulegen, darf man sich kein "Stadthallen-Trauma" anzüchten lassen.

In positiver Hinsicht erwähnt der Rechnungshof auch den bedeutenden Überschuß der WIG 1964, die viele ausländische Besucher angelockt hat und für Wien einen dauernden Werbeerfolg darstellt.

Zum Filmgeschäft der Stadthalle: Sicherlich ist es so, daß das Filmgeschäft Verluste gebracht hat. In diesem Zusammenhang muß man jedoch auf die Äußerung des Rechnungshofes verweisen, daß die Filmproduktion große volkswirtschaftliche, künstlerische und für den Arbeitsmarkt bedeutende Auswirkungen hatte. Die Stadthalle war zweifellos in manchen Belangen des Filmgeschäfts schlecht beraten. Es wären kulturell hochstehende Filme sicher allen Gemeinderäten sympathischer gewesen und wahrscheinlich hätte es auch die Möglichkeit der Subventionierung solcher Filme gegeben. So einfach wie GR. Dr. Bauer darf man es sich jedoch nicht machen, indem man feststellt, das Geld wurde "hinausgeschmissen". Auch die Aufsichtsräte seiner Fraktion haben den Beschlüssen zugestimmt. Über die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung hinaus, hat die Filmproduktion auf dem Sektor der Beschäftigung unserer Schauspieler und des erstklassigen Bühnenspersonals große Bedeutung.

Wir können es uns ganz einfach nicht leisten, diesen kulturellen Sektor zu vernachlässigen. Wenn wir unseren Schauspielern nicht die Möglichkeit bieten, neben ihren Theaterverpflichtungen im Filmgeschäft zu arbeiten, werden wir sie kaum in unserer Stadt halten können. Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Rechnungshofbericht Mängel bei der Stadthalle-Filmproduktion aufgezeigt hat. Es ist klar und eindeutig, daß alles darangesetzt werden muß, diese Mängel zu beheben. Der Bericht zeigt aber nicht mehr auf, als eben einige Mängel und gewisse Schlampereien.

Vizebürgermeister Slavik erklärt, daß die Druckfehler selbstverständlich berichtigt werden. Durch sie entsteht jedoch keine materielle Verfälschung des Berichtes.

Zur Frage, warum wir überhaupt an der "Nora" festhalten: es hat Verträge und Verpflichtungen gegeben, die es unmöglich gemacht haben, eine Liquidierung der "Nora" sofort durchzuführen ohne noch größere Verluste zu verursachen. Der Film "Mohn ist auch eine Blume" hat - so wiederholt Slavik - rund 30. Millionen Schilling gekostet. Bis zum 31. Dezember 1967 erzielte er jedoch Einnahmen von 37.224.000 Schilling. Man sollte also nicht nur die negativen Titel nennen, sondern auch jene Filme, die ein gutes Einspielergebnis hatten. So hat zum Beispiel der Film "Die große Kür" drei Millionen Reingewinn gebracht, der "Kongreß tanzt" brachte jedoch Verluste. Es gibt neben jenen Filmen mit geringfügigen Verlusten oder Gewinnen fünf Filme, die größere Verluste gebracht haben, jedoch acht, die Gewinne bis zu drei Millionen erbrachten.

Der Rechnungshof hat jeddch auch **auf** die wirtschaftliche Bedeutung dieser Sparte hingewiesen. Es war auch die Absicht der Stadthalle und des Aufsichtsrates, die Halle tagsüber durch die Produktion von Filmen wirtschaftlich zu nützen. Jedes Aufsichtsratsmitglied war sicherlich von dem **ernsten** Willen getragen, das Beste aus der Filmproduktion herauszuholen. Man kann sich aber dann, wenn etwas schiefgeht, nicht davon distanzieren.

Aufgabe des Rechnungshofes und Aufgabe des Kontrollamtes ist es, genauest zu überprüfen, den Betrieb kritisch zu durchleuchten und alle Mängel aufzuzeigen. Es wird jedoch immer so getan, als ob Mängel nur in staatlichen oder städtischen Verwaltungen vorkämen, jedoch nie in der Privatwirtschaft. Es wurden aus steuerlichen Gründen Betriebe überprüft, dabei gab es unter anderem bei 1303 Lohnsteuerüberprüfungen 565 Beanstandungen, bei der Getränkesteuer von 653 Überprüften 273 Beanstandungen, bei der Lohnsummensteuer wurden nach 16.547 Überprüfungen 7327 Beanstandungen vorgenommen.

Der Vorwurf, durch die Filmproduktion seien Steuergelder verpulvert worden, treffe nicht zu. Die Sachei lagen sind weiterhin Eigentum der Gemeinde, außerdem dürfe nicht vergessen werden, daß die Stadthallenproduktion wirtschaftlich gesehen absolut aktiv gewesen sei. Über den kulturellen Wert der produzierten Filme lasse sich streiten. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet hätten die Filme hohe Steuereinnahmen und zusätzliche Einnahmen für die Stadthalle erbracht. Das Problem einer österreichischen Filmproduktion bleibe weiter bestehen; auf die Einnahmen aus diesem Wirtschaftszweig könne kein Land verzichten.

Der Antrag der ÖVP, der Gemeinderat möge über den Bericht des Rechnungshofes und den Bericht des Stadtsenats getrennt abstimmen, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Bericht des Vizebürgermeisters wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Schneebericht

=====

26. Jänner (RK) Gestern nachmittag setzten bei einer Temperatur von plus 2 Grad Celsius kurz andauernde Schneefälle ein, die trotz geringer Ergiebigkeit ab 17.30 Uhr Straßenglätte vorwiegend in den südlichen und westlichen Außenbezirken verursachten. Von der Stadtreinigung wurden sofort 33 betriebseigene und 21 private Streufahrzeuge auf den Alarmrouten eingesetzt. Von der Tagpartie wurden 106 Mann eigenes Personal bis 21 Uhr in Dienst belassen.

Die Nachtpartie mit 46 Mann eigenem Personal und 43 fremden Streuarbeitern wurde vorwiegend für Streuarbeiten eingesetzt.

Heute früh herrschte bei einer Temperatur von plus 4 Grad leichter Regen, der teilweise mit Schnee vermischt war, Infolge der vorangegangenen Streuarbeiten trat nur am äußersten Stadtrand vereinzelt Straßenglätte auf, die bald behoben war. Ab 8 Uhr konnte das gesamte Personal der Straßenpflege in der Stärke von 711 eigenen Arbeitern und 301 Mann aufgenommenen Personal mit 43 betriebseigenen und 13 privaten Fahrzeugen zu Reinigungsarbeiten herangezogen werden. Kurz darauf setzte ein starkes Wintergewitter mit Schnee- und Eisregen ein. Wegen der relativ hohen Temperatur kam es jedoch zu keinen nennenswerten Verkehrsbehinderungen.

- - -

Ergänzung zum Gemeinderat
=====

26. Jänner (RK) In der heutigen Gemeinderatssitzung wurden von der ÖVP folgende Anträge eingebracht:

Gleichstellung der Schüler privater Schulen und Lehranstalten mit Öffentlichkeitsrecht mit Schülern öffentlicher Schulen.

Verlängerung der Schutzdächer bei der Opernpassage.

Maßnahmen zur Minderung der Luftverunreinigung und des Lärms bei den Fahrzeugen des städtischen Fuhrparkes.

Errichtung von Wartehäuschen bei Haltestellen der Verkehrsbetriebe.

Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

26. Jänner (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 4 S, Kraut 3 bis 4 S je Kilogramm, Kohlrabi 1 bis 3.50 S je Stück.

Obst: Äpfel Wirtschaftsware 3 bis 4 S, Tafelware 6 bis 8 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 3.50 bis 6 S je Kilogramm.

- - -

Adalbert Stifter zum Gedenken
 =====

26. Jänner (RK) Auf den 28. Jänner fällt der 100. Todestag des Dichters Adalbert Stifter, der der größte Prosaschriftsteller Österreichs ist.

Er wurde am 23. Oktober 1805 in Oberplan, Böhmen geboren und absolvierte an der Wiener Universität das Jusstudium, übte aber nie einen Rechtsanwaltsberuf aus, sondern brachte sich mühsam als Privatlehrer durch. Erst im Alter von 35 Jahren trat er mit literarischen Arbeiten an die Öffentlichkeit, fand aber lange keinen Verleger. 1850 erfolgte seine Bestellung zum provisorischen Inspektor der Volksschulen in Oberösterreich mit dem Dienstsitz in Linz. 1867 ging er mit dem Hofrattstitel in Pension. Stifter wurde durch sein literarisches Schaffen zu einem der anziehendsten dichterischen Interpreten des österreichischen Volkscharakters, dem jede unnatürliche Überspitzung fremd ist. Für ihn war "das Große so einfach wie das Fließen der Luft, wie das Rieseln des Wassers, wie das Wachsen der Getreide". Seine Meisterschaft in der Zeichnung menschlicher Charaktere und in der Schilderung der Landschaft sowie sein sprachliches Können sind unerreicht geblieben. Jede einzelne seiner Arbeiten ist eine literarische Perle für sich. Sie sind Gegenstand zahlreicher Untersuchungen geworden. Aus seinem umfangreichen Oeuvre sei hier folgendes herausgegriffen: "Studien", "Die Narrenburg", "Aus der Mappe meines Urgrüßvaters", "Abdias", "Der Hagestolz", die Sammlung "Bunte Steine". Höhepunkt seines Alterswerkes stellt der Roman "Nachsommer", der weit mehr als ein Entwicklungsroman ist, sowie der historische Roman "Witiko" dar. Stifters Größe wurde zu seiner Zeit keineswegs erkannt. Erst um die Jahrhundertwende begann das Verständnis für sein Werk und nahm erfreulicherweise immer mehr zu. Auch Stifters künstlerisches Schaffen darf nicht vergessen werden. Er hat auch als Maler weit über dem Durchschnitt Stehendes geleistet und vor allem Wien sowie die Wiener Landschaft oftmals festgehalten. Seiner tiefen Verbundenheit mit Wien und dessen Bewohnern hat er auch in dem Sammelwerk "Wien und die Wiener", in dem der einleitende Aufsatz und zwölf Artikel von ihm stammen, Ausdruck verliehen. Zum 100. Todestag des Dichters finden in ganz Österreich Stifter-Feiern statt. U.a. werden das Stifter-Institut in Linz und die Adalbert Stifter-Gesellschaft in Wien Veranstaltungen durchführen.

Ballkalender

=====

26. Jänner (RK) In der Woche vom 29. Jänner bis 4. Februar finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Montag, 29. Jänner: Parkhotel Schönbrunn Verband der Auslands-
presse.

Dienstag, 30. Jänner: Parkhotel Schönbrunn Hietzinger Ball 1968.

Donnerstag, 1. Februar: Konzerthaus Ball der Technik,
Sofiensäle Ball der Jugend.

Freitag, 2. Februar: Europahaus Wien Europahaus-Wien, Grünes Tor (Studentenverbindung Thuringia, Haus der Begegnung "Rot-Weiß-Rot" Cercle des ÖAAB-Bundeskanzleramt, Hofburg Wiener Korporationsring, Kongreßhaus Wien ÖBB, Sektion Beschaffungsdienst, Konzert-haus Wiener Handelsakademien, Kursalon Interunfall, Palais Auersperg Redoute der Studentenverbindung Amelungia, Palais Pallavicini Chemie und Wirtschaft, Parkhotel Schönbrunn Landesinnung Wien der Kürschner, Handschuhmacher und Gerber, Redoutensaal der Wiener Hofburg "Norica-Ball 1968" (Studentenverbindung Norica), Schwechater Hof Reise- und Unterhaltungsgruppe der Magistratsabteilung 28-Straßenbau, Secession 3. Akademien-Gschnasfest "Love in", Sofien-säle Verkehrspolizei, Vienna Intercontinental Sportklub der Wiener Allianz-Versicherungs-AG, Volksgarten-Restaurant Sportvereinigung Waagner-Biro, Wimberger Gesangverein der Österreichischen Eisenbahn-beamten in Wien.

Samstag, 3. Februar: Arbeiterheim Favoriten Gewerkschaft der Eisenbahner, Ortsgruppe Wien Süd-Ost, Baumgartner Casino SPÖ Pen-
zing, Sektion VIII und XVI, Bayrischer Hof Leopoldstädter Bürger-
ball, Grünes Tor Freunde des Fußballklubs Rapid, Hans Neroth's
Studio N "Festival des Tanzes", Haus der Begegnung Mariahilfer Ball
der SPÖ, Hofburg Juristenball, Konzert-haus (Ball der Union, Öster-
reichische Turn- und Sportunion), Kursalon Innung der Schuhmacher,
Kursalon Reichsorganisation der Kaufleute, Messepalast Roter Nelken-
Ball der SPÖ-Brigittenau, Kongreßhaus Verein "Österreichische Wander-
vögel", Palais Auersperg Josefstädter Bürgerball, Palais Festetics
ÖVP Alsergrund, Palais Palffy Verein St. Stephan, Parkhotel Schön-
brunn Klub der Fleischhauer- und Selchermeistersöhne und -töchter,
Schwechater Hof Österreichischer Verein der Angestellten der Eisen-
und Metallbranche, Simmeringer Hof Sportclub Mautner-Markhof, Sokol-
säle Turnverein Sokol, Sofiensäle Creditanstalt-Bankverein, Vienna
Intercontinental Katholische Lehrerschaft Wien, Weißer Engel 1. Volks-
tanzfest des Österreichischen Alpenvereines, Wimberger Narrenabend
des Neubauer Männergesangvereines.

Sonntag, 4. Februar: Arbeiterheim Favoriten Kinderfreunde Favo-
riten, Konzert-haus Katholische Jugend, Kursalon Evangelische Gustav-
Adolf-Gesellschaft, Schwechater Hof Kinderball der Ballettschule
Hella Schrefel, Simmeringer Hof Kinderball der SPÖ Simmering (Nachmittag).

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Subvention für die Volksbildung

Als nächster Referent stellte GR. Ascherl (SPÖ) den Antrag, die Jahressubvention 1968 für den Verband Wiener Volksbildung um 300.000 Schilling auf 4,3 Millionen zu erhöhen.

Die Reorganisation der Wiener Volksbildung erbrachte als Abschluß der ersten Phase den Zusammenschluß der 13 Volkshochschul-Vereine zu fünf Regionen. Die Zahl der wissenschaftlichen Kurse konnte von 182 auf 252 erhöht werden, die Zahl der Teilnehmer habe sich von 119.500 im Schuljahr 1965/66 auf 122.600 im Schuljahr 1967/68 erhöht. Für den Sprachunterricht nach den neuesten Methoden sei ein Sprachlabor angeschafft worden. Die Zahl der Außenstellen sei um zwei vermehrt worden: Alt-Ottakring und Inzersdorf.

GR. Gawlik (SPÖ) erinnerte daran, daß man im vergangenen Jahr das 100. Gründungsjahr des Wiener Arbeiterbildungsvereines gefeiert habe. Die Zahl von 6.000 Einschreibungen am ersten Tag lasse erkennen, wie groß die damals herrschende "Bildungsgier" gewesen sei.

In Wien habe der Volkshochschul-Gedanke eine große Tradition. Unsere Stadt habe die erste Abend-Volkshochschule von Europa besessen. Heute mobilisierten die Volkshochschulen die potentiellen Bildungsreserven Wiens. Es gäbe keine abgeschlossene Bildung mehr, infolge des raschen Fortschrittes auf allen Wissensgebieten müsse man immer wieder dazulernen. Höhere Bildung ist eine Voraussetzung für Kritikfähigkeit der Bevölkerung und diese wieder die Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie. Das alte Schlagwort "Wissen ist Macht und Bildung macht frei" ist nach wie vor aktuell. Im Zusammenhang mit der Frage, warum es in letzter Zeit auf den Dächern der Wiener Volkshochschulen schwarze Fahnen gab, kam der Redner auf die Ausführungen von Professor Dr. Sittner zu sprechen, die dieser in seinem Dankeswort anlässlich der Rennerpreis-Verleihung machte. Dr. Sittner hat eine große Anklage gegen das Kulturbudget der Bundesregierung erhoben.

Die staatliche Existenz Österreichs steht heute außer Zweifel, hingegen ist die kulturelle Existenz Österreichs von innen bedroht. Dr. Sittner malte eine Zukunftsvision in düstersten Farben. Gemeinderat Gawlik stellte mit Bedauern fest, daß vieles in den Ausführungen Prof. Dr. Sittners richtig ist. Er kam dann auf die Rede Prof. Dr. Kerschagl zu sprechen, die dieser Ende Dezember aus Anlaß der Budgetkürzungen am Volksbildungssektor gehalten hat. Diese bedeuten eine Kürzung um 20 Prozent falls das Eventualbudget nicht zum Tragen kommt. Wenn man bedenkt, daß erst einmal ein Eventualbudget in der Geschichte Österreichs zum Tragen gekommen ist, muß mit einer Kürzung von 20 Prozent gerechnet werden; sonst wären es nur drei Prozent. Die Wirkung dieser Kürzungen würde sein, daß viele Volkshochschulen geschlossen werden müßten und der Unterricht an den verbleibenden Schulen eine enorme Beeinträchtigung erfahren würde.

Es erscheint notwendig, alle Bildungsreserven zu mobilisieren, um zu verhindern, daß Österreich ein Land von Hilfsarbeitern werde. Wien fasse es als seine Verpflichtung auf, für die Volkshochschulen zu sorgen und wird daher trotz der Kürzungen seitens des Bundes zu kompensieren versuchen. 4,3 Millionen Schilling werden dafür verwendet werden, bestehende Einrichtungen zu erhalten und weitere zu schaffen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Mehr Geld für Sieben Quellen

Stadtrat Pfoch (SPÖ) beantragt die Erhöhung des Sachkredites um 120 Millionen für das Projekt zur Fassung und Ableitung der "Sieben Quellen" in die Erste Wiener Hochquellenleitung. Der Grund ist darin zu suchen, daß bei den Arbeiten im Schneealpenstollen überaus schwierige geologische und hydrologische Verhältnisse angetroffen wurden, mit denen selbst Fachleute nicht gerechnet hatten. Die damit verbundenen Projektänderungen beziehungsweise Ausweitungen und in der letzten Zeit eingetretenen Lohnerhöhungen zwingen zu diesem Antrag, sodaß der gesamte Sachkredit 230 Millionen Schilling betragen wird.

Als erster Debattenredner führt GR. DDr. Strunz (ÖVP) aus, daß er den Akt dieses Nachtragskreditsantrages genauestens studiert habe und auch die Meinung der Fachleute eingeholt habe. Es ist also nicht leichtfertig, zu diesem Antrag gekommen, man müsse jedoch die große Bedeutung dieses Projektes für die Wassergewinnung unserer Großstadt berücksichtigen. Der Wasserverbrauch steigt ständig

Die Aufmerksamkeit des Gemeinderates dürfe aber nicht allein der Wasseraufbringung gelten, sondern müsse sich auch auf die Probleme richten, die der Wassertransport nach Wien aufgibt. Wenn die Rohrleitungen nicht saniert werden könnten, nütze das beste Trinkwasser nichts mehr.

GR. Schreiner (SPÖ) bezeichnete Anträge wie den vorliegenden - also auf Erhöhung von Sachkrediten - als "nicht gerade die, denen man am liebsten zustimmt". Er lege auch Wert darauf, der Wiener Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, daß der Gemeinderat sich solche Anträge nicht leichtmache, sondern sie gründlich überdenke und kontrolliere.

Im übrigen falle dieser Antrag in die allgemeine Problematik von Kostenschätzungen. Man könnte natürlich die "eventuellen Kosten" so hoch ansetzen, daß man nicht zur Erhöhung von Sachkrediten gezwungen sei. Dadurch aber würden - und vielleicht unnötigerweise - große Geldmittel längere Zeit blockiert werden.

Berichterstatter Stadtrat Pfoch faßte sich in seinem Schlußwort ganz kurz und ging nur näher auf das Problem der Rohrnetzsanierung ein. Die Schwierigkeit liege darin, daß man das während der Arbeiten ausfallende Wasser so schwer entbehren könne. Hier werde sich allerdings alles zum Besseren wenden, wenn einmal das Wasser aus der Mitterndorfer Senke nach Wien fließe.

U-Bahn-Beschluß

Stadtrat Heller (SPÖ) fängt als Berichterstatter über den grundlegenden Antrag für die weitere Entwicklung Wiens: den Bau der ersten Wiener U-Bahn-Linien. Um 13.13 Uhr trat Stadtrat Heller ans Rednerpult. Er führte aus:

"Nach mehrjährigen Vorarbeiten des Stadtbauamtes und der Verkehrsbetriebe hat die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission am 14. September 1966 eine Reihe von Empfehlungen für ein Konzept für den öffentlichen Verkehr beschlossen, die vom Wiener Gemeinderat am 17. November 1966 zustimmend zur Kenntnis genommen wurden. Der Wiener Gemeinderat hat darüber hinaus einige Aufträge erteilt, aus denen dem Magistrat, vor allem wieder dem Stadtbauamt und den Verkehrsbetrieben, besondere Aufgaben erwachsen sind. Diesen Aufträgen - ich werde sie sofort im einzelnen aufzählen - wurde in der Zwischenzeit entsprochen.

So wurde das U-Bahn-Netz Kammern, Gremien und ausgewählten Einzelpersonen, die entweder als Interessenvertretungen oder infolge besonderer fachlicher Qualifikation beziehungsweise entsprechender Erfahrung dazu befähigt sind, zur Stellungnahme vorgelegt. Das Konzept wurde außerdem in Form einer Ausstellung der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht. Auch durch Berichte in der Tagespresse, deren Vertretern in Rahmen zweier Pressekonferenzen das erarbeitete Konzept eingehend erläutert wurde, durch Publikationen in Fachzeitschriften und durch Vorträge maßgeblicher Herren des Planungsteams wurde das Konzept bekanntgemacht und die Diskussion darüber angeregt.

Die Stellungnahme der Bevölkerung erfolgte durch Zuschriften an das Stadtbauamt und die Verkehrsbetriebe, durch eine rege Beteiligung an dem in Rahmen der Ausstellung abgehaltenen "Verkehrsquiz", dessen Auswertung durch das Institut für empirische Sozialforschung" sowie durch Diskussionen im Anschluß an Vorträge.

Die Stellungnahme der Kammern, Gremien und Institute erfolgte im Rahmen von Diskussionen, von denen Bandaufzeichnungen und ausführliche Protokolle vorhanden sind.

Schließlich wurde das U-Bahn-Konzept einem international anerkannten Fachmann, dem Oberbaudirektor der Stadt Hamburg Professor Dipl.-Ing. Otto Sill zur Erstellung eines Gutachtens vorgelegt.

Aus den Stellungnahmen und Diskussionen sind zwei sehr erfreuliche Dinge zu entnehmen:

Erstens, daß die grundsätzlichen Überlegungen zum öffentlichen Verkehr, die Methodik, mit der der Magistrat das gesamte Problem behandelte, und das vorgelegte Grundnetz von allen Fachleuten positiv beurteilt wurde. Die angewandte Methodik wurde von keinem der Diskussionspartner hinsichtlich ihrer Exaktheit und der umfassenden Berücksichtigung der entscheidenden Argumente in Zweifel gezogen. Es wurde der hohe Stand der Planung sowie der intensive Einsatz wissenschaftlicher Institutionen besonders hervorgehoben. Unsere Hinweise, daß wir mit dem Grundnetz einen Vorschlag unterbreitet haben, den eine hohe Beweglichkeit hinsichtlich seiner Erweiterungsmöglichkeiten auszeichnet, wurde in den Diskussionen richtig verstanden und in dem eingeholten Gutachten positiv bewertet. Damit hat der Magistrat den Gemeinderat in die Lage versetzt, neben einer grundsätzlichen Willensbildung, den öffentlichen Verkehr mit einem U-Bahn-Netz als Träger der Hauptlast zu sanieren, auch ohne Präjudizierung aller weiteren Maßnahmen die ersten Beschlüsse zur Realisierung zu fassen.

Zweitens hat sich gezeigt, daß der Magistrat die Diskussionen in einer Offenheit geführt hat, die den höchsten Anforderungen, die an eine demokratisch geführte Verwaltung zu stellen sind, entspricht, und sich nicht scheut, wertvolle Anregungen aus der Öffentlichkeit nicht nur zu prüfen, sondern auch in das Konzept einzubauen. Damit meine ich unter anderem die Untersuchungen im Zusammenhang mit der Linie 3, ob diese unter der Mariahilfer Straße geführt werden soll, oder unter der Westbahnstraße oder Burggasse. Auch die detaillierten Untersuchungen bestätigen, daß jede dieser Trassen möglich ist. Die Baukosten allerdings sind verschieden, doch soll dies allein kein Entscheidungskriterium sein. Es werden die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen eine ebenso gewichtige Rolle spielen, wie das Ergebnis der derzeit laufenden Untersuchungen über die Auswirkungen auf die Wirtschaft der betroffenen Räume.

Da grundsätzlich gegen eine Ost-West-Verbindung keine Einwände vorliegen, können die notwendigen Detailuntersuchungen, wie immer wieder mit Recht gefordert wurde, ohne Hast weitergeführt werden. Es war daher die Pflicht des Magistrats, um im Sinne des Punktes 6 der Empfehlungen die Arbeiten an den Linien 1 und 2 beginnen zu können, nachdem die Möglichkeiten, Vorarbeiten ohne Willensbildung des Gemeinderates durchzuführen, ausgeschöpft waren, die Realisierung der vorgeschlagenen Trassen 1,2 und 4 mit einem Grundsatzbeschuß des Gemeinderates einzuleiten.

Vielleicht darf ich noch ergänzend sagen, daß selbstverständlich auch den Antrag der Gemeinderäte Jodlbauer, Planek, Mayr und Genossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 17. November 1966, bezüglich der Übermittlung der Empfehlungen zum Thema öffentlicher Verkehr an die Bundesregierung, ebenfalls entsprochen wurde. Die Empfehlungen wurden den Mitgliedern der Bundesregierung übermittelt.

Der Herr Bundeskanzler wurde anlässlich seines Besuches in Wiener Rathaus am 11. April 1967 außerdem mit den U-Bahn-Problemen vertraut gemacht. Auch im sogenannten "Wiener Memorandum", das dem Herrn Bundeskanzler am 11. April 1967 überreicht wurde, haben die Probleme des U-Bahn-Projektes in Wien ihren Niederschlag gefunden.

Pressemeldungen der letzten Tage konnte man entnehmen, daß das Fehlen der Linie 3 im heutigen Grundsatzbeschuß dahin gedeutet wird, daß das Grundnetz umgestoßen sei. Diese Behauptung entspricht keinesfalls den Tatsachen. Wir wollen nur einerseits dem Gemeinderat nichts zur Beschlußfassung vorlegen, was noch in Arbeit ist, andererseits aber nicht die Realisierung bereits restlos gekläarter Trassen verzögern, da mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, rechtzeitig für die Freihaltung und Freimachung der von der U-Bahn benötigten Trassen vorzusorgen, keine Zeit versäumt werden soll.

Wie sehr wir nach wie vor von der Wichtigkeit der Ost-West-Verbindung überzeugt sind, können Sie schon daraus entnehmen, daß die Linie 2 vorerst im Abschnitt Ringturn-Karlsplatz ausgebaut werden soll, ohne ihre für später vorgesehene Verlängerung zu beeinträchtigen. Es könnte nämlich sein, daß mit Rücksicht auf

das Bevölkerungsschwergewicht im Westen und die beabsichtigte Entwicklung im 22. Bezirk eine Reihung der Linie 3 möglicherweise vor einer weiteren Verlängerung der Linie 2 gerechtfertigt sein könnte. Darüber gibt es allerdings noch Meinungsverschiedenheiten, die noch zu bereinigen sind.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf in Durchführung befindliche Arbeiten hinweisen, die auf Anregungen aus der Öffentlichkeit zurückzuführen sind: so die Untersuchung, ob eine Weiterführung der Linie 1 vom Praterstern nach Kagran im Zusammenhang mit der Entwicklung des Zentrums für Internationale Behörden nicht auch in Hochlage erfolgen könnte, oder ob die Verlängerung des Gürtels im Norden zwingend zur Haltestelle Engerthstraße der S-Bahn geführt werden muß.

Gerade im Zusammenhang mit diesen Beispielen, die zeigen wie sehr die Variationsmöglichkeiten, die uns das Grundnetz in seiner Erweiterung bietet, von uns ausgeschöpft werden, möchte ich bei dieser Gelegenheit deutlich zum Ausdruck bringen, daß es nicht zweckmäßig wäre, die Entscheidungen immer wieder vor uns herzuschieben, sondern daß wir entschlossen sind, mit den Arbeiten am Grundnetz zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu beginnen.

Darf ich noch einmal festhalten, daß sowohl im Rahmen der vielen Diskussionen als auch in Kontakten mit Fachleuten des In- und Auslandes, die unseren Planungsarbeiten zugrundegelegte Konzeption hinsichtlich ihrer Konsequenz und der umfassenden Berücksichtigung aller Argumente, die das Leben in einer Stadt betreffen, Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

Damit eine Reihe von unerläßlichen technischen und juristischen Sicherungsmaßnahmen, die für den Bau selbst Voraussetzung sind, ermöglicht werden, gestatte ich mir heute dem Gemeinderat den für die weiteren Arbeiten notwendigen Grundsatzbeschuß für die Linien 1, 2 und 4 vorzulegen, wobei wir uns mit Rücksicht auf den zweckmäßigsten Einsatz der finanziellen Mittel vorerst auf die dringendsten Abschnitte beschränken.

Sodann stellte der Referent die formellen Anträge, die unter anderem festhalten, daß das Straßenbahn- und Autobusnetz auf das zukünftige U-Bahn-Netz auszurichten sind, daß auf die Ausbaumöglichkeiten von Bundesbahnanlagen Bedacht zu nehmen ist und das zunächst die U-Bahn-Linien 1, 2 und 4 einschließlich der zugehörigen Anlagen, wie Stationen, Betriebsbahnhof, Betriebsgleise, Anschlußstücke und dergleichen in Angriff genommen werden sollen. Die Planungsarbeiten an der Ost-West-Verbindung durch die Innenstadt sind fortzusetzen.

Debatte über U-Bahn

Als erster Debattenredner erinnerte GR. Karger (KLS) an die U-Bahn-Diskussion des Wiener Gemeinderates vom 17. November 1966 und begrüßte den Antrag, der ein wichtiger Schritt zur Realisierung des Projektes sei. Er bemängelte jedoch, daß das 80 Seiten umfassende Protokoll über die U-Bahn-Diskussionen und eingeholte Gutachten den Gemeinderäten erst gestern übermittelt wurde. Ein gründliches Studium des interessanten Materials war daher nicht möglich. Ein solches Vorgehen komme einer Abwertung des Gemeinderates gleich.

Der Redner ging sodann auf die einzelnen Punkte des vorliegenden Antrages ein. Für die Linie 2 wäre es nach seiner Meinung zweckmäßiger, bereits jetzt einen weiter südlich gelegenen Ausgangspunkt bei der Per Albin-Hansson-Siedlung und eine Verlängerung nach Kagran vorzusehen. Er vermißte in dem Antrag ferner nähere Ausführungen über eine sinnvolle Ergänzung der U-Bahn durch die Schnellbahn. Ein kombiniertes U-Bahn-Schnellbahnnetz sei von dem Hamburger Gutachter Professor Sill empfohlen worden. Vor allem aber sei die Hauptfrage der Finanzierung des Projektes, das die Finanzkraft der Stadt Wien weit übersteige, noch völlig ungeklärt.

Die Anforderungen an die Finanzkraft Wiens werden in den nächsten Jahren auch noch auf anderen Gebieten wachsen, so beim Hochwasserschutz und einer Reihe anderer Probleme, wie die Schaffung des Erholungszentrums am Bisamberg, die notwendige Linderung der Parkplatzmisere und anderes. Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß man nicht eine schöne Vision, sondern ein realistisches Konzept braucht, mit dessen Verwirklichung bald begonnen werden kann, ist die Finanzierung wohl die entscheidende Frage.

Die Frage des nötigen Geldes wird im vorliegenden Antrag vollkommen übergangen. Auch im Referat gab es diesbezüglich wenig Hinweise. Der Redner spricht abschließend die Hoffnung aus, daß ein Finanzierungskonzept für die Errichtung der Wiener U-Bahn, verbunden mit einem Bericht über die Verhandlungen mit der Bundesregierung, dem Gemeinderat bald vorgelegt werden wird.

GR.Dr.Schmidt (FPÖ): Seiner Ansicht nach wäre dieser Beschluß eines besseren Rahmens würdig gewesen, als als 63. Punkt der Tagesordnung behandelt zu werden. Der Bau eines Massenverkehrsmittels in zweiter Ebene ist nun doch, trotz des jahrelangen Widerstandes der Mehrheitspartei auch von dieser als notwendig erachtet worden. Der Redner verweist darauf, daß vor einem Jahr das sogenannte Grundnetz im Wiener Gemeinderat zur Debatte stand. Dieses Grundnetz bestand aus den bekannten vier Linien und sollte die Voraussetzung für den weiteren Ausbau bilden. Nach dem seinerzeitigen Gemeinderatsbeschluß wurde es den Fachleuten und in Form einer Ausstellung auch der Bevölkerung zur Stellungnahme vorgelegt. Das Ergebnis wurde in einem Bericht zusammengefaßt, der leider erst zwei Tage vor der heutigen Sitzung den Gemeinderäten übermittelt wurde, und nun soll heute nur ein Teil des seinerzeit beschlossenen Grundnetzes bewilligt werden, obwohl keine entscheidenden Einwendungen gegen dieses Grundnetz vorgebracht werden konnten. Nach der heutigen Vorlage ist unter anderem die Linie 2 verkürzt, die Linie 3 fällt völlig aus, mit einem Wort, es liegt uns heute ein amputiertes Grundnetz zur Beschlußfassung vor. Aus dem Bericht, den seinerzeit Engelberger und Pins in einer Sondersitzung des Gemeinderates brachten, wurde jedoch besonders auf die Wichtigkeit der Verlängerung der Linie 2 nach St.Marx hingewiesen. Diese Linienverlängerung wurde als Lebenslinie des gesamten U-Bahn-Netzes dargestellt, da sie die Verbindung zur Hauptwerkstätte in Simmering darstelle.

Im vorliegenden Antrag scheint diese Trasse nun aber nicht auf. Der Redner ersucht um Mitteilung, was zu dieser und den anderen Linienkürzungen geführt hat. Selbstverständlich muß man die Planung eines so großen Projektes ausreifen lassen. Wenn man jedoch einmal einen Beschluß gefaßt hat, ihn dann aber wiederum ändert, sollte man wenigstens sagen, aus welchen Gründen das geschieht. Es kann nicht der Sinn des seinerzeitigen Beschlusses gewesen sein, ein Grundnetz zu schaffen, dann jedoch nur Teile davon zu verwirklichen. Der Redner fordert die Erstellung eines Finanzierungsprogrammes. Daß der Bund seinen Teil dazu beitragen müsse, darüber sei sich der Wiener Gemeinderat sicherlich einig. Die Gemeinde müßte jedoch mit konkreten Vorschlägen an den Finanzminister herantreten und dann mit aller Initiative zu einer Lösung drängen. Es muß jedoch auch verlangt werden, daß die Gemeinde selbst mehr Sparsamkeit entwickelt und sich nicht auf Geschäfte einläßt, die ihr Millionenverluste bringen. Die Finanzverwaltung müsse ihre Mittel zusammenhalten, um sie zum gegebenen Zeitpunkt für dieses große Projekt schlagkräftig einsetzen zu können.

Als nächster Debattenredner stellte GR. Dr. Strobl (ÖVP) fest, daß sich gegenüber dem Programm vom November 1966 das gegenwärtige U-Bahn-Projekt in wesentlich gekürzter Form präsentiere. Er bemängelte, daß in verschiedenen Zeitungen Angaben und Details über die U-Bahn erschienen wären, in die die Mitglieder des Gemeinderates keinen Einblick gehabt hätten.

Hinsichtlich des U-Bahn-Baues forderte der Redner, daß die Arbeiten so durchgeführt werden müßten, daß die Wiener Innenstadt so wenig wie möglich dadurch gestört werde. Gerade in der Kärntner Straße und in der Rotenturmstraße betrage der Schaufensterindex mindestens 90 Prozent - das heißt, die Straßenseiten bestünden zu 90 Prozent aus Auslagen. Die Geschäfte in diesen beiden Straßen seien in den vergangenen zehn Jahren fast vollständig erneuert worden. Beim U-Bahn-Bau mit offenen Baustellen würde der Geschäftsverkehr schwerstens gestört und große wirtschaftliche Verluste die Folge sein. Außerdem müsse bedacht werden, daß die Innenstadt ein Zentrum des Fremdenverkehrs sei; auch darauf müsse Rücksicht genommen werden.

Abschließend regte Dr. Strobl an, zusammen mit dem Bau der U-Bahn auch gleich eine Sanierung der Wiener Altstadt durchzuführen, um die Innenstadt noch attraktiver zu machen.

Der nächste Debattenredner GR. Dr. Glatzl (ÖVP) stellte fest, daß im U-Bahn-Entwurf nur ein einzigesmal das Wort "Zivilschutz" vorkomme, und zwar auf Seite 41. Noch sei es Zeit, die Wiener U-Bahn so auszubauen, daß ihre Anlagen für Zwecke des Zivilschutzes herangezogen werden könnten. Ein gutes Beispiel hierfür sei die Londoner U-Bahn. Ein weiteres Beispiel sei die U-Bahn von Rotterdam, wo sich die Mehrkosten für Zivilschutzzwecke auf nicht mehr als vier Prozent der Gesamtbaukosten beliefen. Das Innenministerium habe Bauzuschüsse geleistet.

Bei der Rotterdamer U-Bahn sind die Bahnsteige 120 Meter lang und zwischen 3 und 3,5 Meter breit. Jede Station biete im Katastrophenfall 2.500 bis 4.500 Personen Platz. Bei der Planung war es nicht notwendig, die Betonabmessungen abzuändern, lediglich die Öffnungen nach außen wurden so gestaltet, daß sie durch gasdichte Stahlschiebetore abgesperrt werden können.

Die Fahrstollen dienen in Rotterdam nicht Zivilschutzzwecken. Einige Stationen sind unterirdisch mit dem Rathaus und der Rettungszentrale verbunden, so daß im Bedarfsfall ein großes Areal der Stadt unterirdisch erreicht werden kann.

Auch in der Schweiz, in Dänemark und in Norwegen habe man bereits Erfahrungen, die U-Bahn für Zwecke des Zivilschutzes zu nützen.

In Wien wäre noch Zeit, sich mit diesem Problemkreis zu befassen. Für den Ausbau müßten die zuständigen Bundesstellen entsprechende Mittel beisteuern, die Gemeinde müßte sich allerdings rechtzeitig mit diesen Stellen in Verbindung setzen.

Als nächster Debattenredner trat GR. Planek (SPÖ) ans Rednerpult. Er erklärte einleitend, das vorliegende Netz entspreche nicht dem ursprünglichen Grundnetz. Wenn jedoch die Kritiker meinten, der Gemeinderat sei erst in letzter Stunde über Änderungen und Details des Baues informiert worden, so stimme dies nicht.

./.

Über kein anderes Projekt der Gemeinde sei die Öffentlichkeit besser informiert worden als über die U-Bahn. Es wurden Pressekonferenzen abgehalten, in der Volkshalle des Rathauses gab es eine Ausstellung, Zeitungen und Fachzeitschriften brachten Artikel in großer Zahl. Von einer unzureichenden oder verspäteten Information des Gemeinderates oder der Öffentlichkeit könne also keine Rede sein.

Wohl stimmt es, daß eine Studie über Standortberatung erst dieser Tage aufgetaucht ist, aber sie hätte schon vorher angestellt werden können. Es sei durchaus falsch, die Innere Stadt als einen homogenen Teil zu betrachten und die Studie bestätigt dies. Die Problematik des U-Bahn-Baues im 1. Bezirk liege vor allem auf dem Sektor der Wirtschaft, der hier zweifellos eine gewaltige Umsatzstörung auferlegt werde.

Da die bergmännische Bauweise nicht überall möglich ist, fürchtet der Redner für eine Riesenbaustelle im Gebiet Stephansplatz-Graben, die durch Absenkung des Grundwasserspiegels zweifellos Senkungen der umliegenden Bauwerke mit sich bringen werde. Für den Turm selbst besteht sogar Rutschgefahr, wenn man nicht durch eine große Betonschürze vom Heidentor bis fast zur Sohle der U-Bahn eine sehr kostspielige Unterfangung einleitet.

Zur Frage, warum auch nicht die Linie 3 jetzt beschlossen werden soll, findet er keine Erklärung. "Auf dem Stock im Eisen-Platz muß jedoch eine Umsteigstelle errichtet werden. Warum dann nicht gleich?"

Abermals begrüßt der Redner den Grundsatzbeschluß, möchte aber die Studie über Standortberatung berücksichtigt sehen. Zweifellos wird es durch die U-Bahn zur einer Aufwertung der Innenstadt kommen, es werden auch Fußgängerbezirke entstehen, aber trotzdem sei eine Verödung wegen der immensen Bauten und vor allem der langen Baudauer zu befürchten. Deswegen möchte er im Rahmen einer städtebaulichen Ganzheitsbetrachtung Entfaltungsmöglichkeiten für Wirtschaftsbetriebe im Bereich der Anrainerbahnhöfe untersucht wissen.

./.

"Auf jeden Fall würde der Gedanke einer gleichzeitigen Assanierung den Todesstoß für die Wirtschaft des 1. Bezirkes bedeuten."

"Wir sind überzeugt, daß es ohne Bundesmittel keinen U-Bahn-Bau geben wird. Auch Lakowitsch hat hier ein Versprechen abgegeben, dieses nur billige Verlangen an die Bundesregierung zu unterstützen. Namens der Sozialistischen Fraktion möchte ich hoffen, daß die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat diese Forderung an ihre Parteifreunde in Parlament weiterreicht."

Als nächste Diskussionsrednerin sprach Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP). Sie führte aus:

"Der heutige Beschluß des Wiener Gemeinderates dient zwar vor allem der Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die weiteren Vorarbeiten zum Bau einer U-Bahn. Er ist aber doch eine historische Entscheidung, um die in dieser Stadt lange gerungen werden mußte. Immerhin sind nun auch schon mehr als sechs Jahre vergangen, seit das Städtebauliche Grundkonzept gutgeheißen wurde, in dem ausgesprochen war, daß die Entwicklung aller öffentlichen Verkehrsmittel die Abwanderung zum Individualverkehr verhindern müßte."

Meine Geschäftsgruppe, ebenso wie meine Fraktion, waren sich seit vielen Jahren der Tatsache bewußt, die nun auch im vorliegenden Antrag Ausdruck findet: Nämlich, daß ein wesentlicher Teil des öffentlichen Verkehrs von einem schienengebundenen Verkehrsmittel in eigener Ebene, einer U-Bahn, bewältigt werden muß. Daß die Mehrheit an dieser Tatsache so lange vorbeiging, brachte nicht nur den Verkehrsbetrieben vermeidbare wirtschaftliche Schwierigkeiten - immerhin gäbe es bei den Verkehrsbetrieben kaum einen Verlustvortrag von 1,5 Milliarden Schilling, wenn etwa schon zehn Jahre lang 1.000 Bedienstete hätten eingespart werden können - sondern dem Verkehrsgeschehen in unserer Stadt insgesamt erhebliche Nachteile.

Diese Feststellung ist leidenschaftslos zu treffen in Anerkennung der Verpflichtung der beschließenden politischen Gremien, in Hinkunft Fehler und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Es sind jedenfalls auch die Planer überfordert, wenn ihnen nicht klare Richtlinien für das anzustrebende Ziel vorgegeben werden.

Dieses Ziel lautet aus der Perspektive des Jahres 1968, so wie es meine Fraktion schon vor Jahren richtig sah, unverändert: Koordinierung von öffentlichem und Individualverkehr durch die drei Komponenten: Attraktivität des Massenverkehrs durch Bau einer U-Bahn, geordneten und ausreichenden Raum für den Individualverkehr und sinnvolle Lösung des Parkraumproblems in unserer Stadt. Jede Einzellösung, die nicht auf die beiden anderen Komponenten Rücksicht nimmt, birgt die Gefahr von Fehlentscheidungen in sich.

Die im heutigen Beschluß festzulegenden Trassen haben die City zum Schwerpunkt. Es ist wohl allseits unbestritten, daß der Verbesserung des Massenverkehrs in die City eine außerordentliche Bedeutung zukommt, weil damit ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der Innenstadt vom Individualverkehr und vor allem vom ruhenden Verkehr geleistet wird. Dennoch fehlen zwei weitere Ordnungsvorstellungen, ohne die auch die Sanierung des Massenverkehrs nicht voll zum Tragen kommen kann: nämlich die planmäßige Erneuerung und Erweiterung der City und jene Planungskomponente, die auf einem anderen Reißbrett liegt und Parkraumnot heißt. Die aber nicht weniger bedeutsam ist, wenn man bedenkt, daß hochwertige Straßensysteme neu auf die City hin zentriert werden.

Wir werden nicht darum herumkommen, einen Generalverkehrsplan zu Papier zu bringen und die Cityfunktion bewußt auch vom Planerischen her zu stärken.

Aus jüngsten Untersuchungen geht klar hervor, daß eine gezielte Verbesserung gebietsweiser Schwächen in der bestehenden Geschäftsstruktur der City nur in Zusammenhang mit Verkehrsmaßnahmen erfolgen kann. Aber auch eine Steigerung des Wohnwertes der City ließe sich auf diese Weise erzielen, wenn Gewähr besteht, daß man verschiedene Teile der Stadt vom Stadtkern aus in kurzer Zeit erreichen kann. Und einem möglichen Veröden der City entgegenzuwirken, muß wohl ein echtes Anliegen der Stadt sein.

Überdenkt man die Entwicklung seit November 1966, als der Gemeinderat die sieben Empfehlungen der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission guthieß, so sieht man, daß zwar eine Anzahl neuer Planungsvarianten hinzukam, aber Grundlegendes offenblieb. Es wurde in den 14 Monaten seither keine Entscheidung getroffen über das Leitbild für die Stadtentwicklung. Ein Mangel, der es den Planern sehr schwer macht, über das Grundnetz hinaus optimale Festlegungen zu treffen. Es wurde aber auch versäumt, eine aktuelle Verkehrserhebung durchzuführen. Immerhin stammt die letzte Erhebung schon aus dem Jahr 1959 und in diesen acht Jahren wurden mindestens 100.000 Wohnungen gebaut, die die Struktur ändern. Auch Professor Sill, Hamburg, weist in vorsichtiger Form auf diesen Umstand hin, wenn es in seinem Gutachten unter anderem heißt:

'Die Auswirkungen jeder sich bei der weiteren Planung ergebenden Änderung der Netzkonzeption können in relativ kurzer Zeit auf dieselbe Weise wieder ermittelt werden. Dasselbe gilt für die Auswirkungen einer anderen Stadtentwicklung, das heißt einer veränderten Verteilung der Wohnungs- und der Arbeitsplätze, so daß auch die Auswirkungen verschiedener Modelle einer möglichen Stadtentwicklung einander gegenübergestellt werden können. Ebenso kann die gesamte Berechnung verhältnismäßig rasch wiederholt werden, sobald auf Grund einer neuen Haushaltsbefragung das Ausgangsmaterial nach einem neueren Stand zur Verfügung steht.'

Die Verkehrsbetriebe hatten vorgeschlagen, das für die weitere Planung unerläßliche neue Material wieder durch einen Fragebogen bei der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1967 zu erhalten. Leider wurde dieser Vorschlag der Verkehrsbetriebe nicht verwirklicht, so daß es zu eigenen langwierigen und teuren Befragungen, Erhebungen und Zählungen kommen wird. Das heißt, es werden wieder mindestens zwei Jahre vergehen, ehe aktuelles Zahlenmaterial für die nötigen Untersuchungen des Netzes vorliegt. Ähnliches gilt leider auch für das Zahlenmaterial der Prognoseuntersuchungen im Zusammenhang mit den verschiedenen Stadtmodellen, das von Professor Dorfworth bearbeitet wird.

./.

Bei allen notwendigen Vergleichsrechnungen der möglichen Trassen und Modelle wird es aber auch unerläßlich sein, eine gesamtwirtschaftliche Kosten — Nutzen — Rechnung gewissenhaft anzustellen. Gerade eine Gebietskörperschaft wie die Gemeinde Wien, die einerseits Steuern und Abgaben aus der Wirtschaft schöpft und andererseits selbst Bauherr mit Planungshoheit ist, darf diesen Gesichtspunkt nicht vernachlässigen. Auch Professor Sill stellt in seinem Gutachten fest, daß jeweils die Kosten für die möglichen unterschiedlichen Bauweisen einschließlich der Kosten für Verkehrsumleitungen den unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Nachteilen für die Anlieger und den allgemeinen Verkehr gegenüberzustellen sind. Dabei ist natürlich auch zu berücksichtigen, daß die Beeinträchtigungen durch den Bau vorübergehend sind und durch die nachfolgende dauernde Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ein echter wirtschaftlicher Ausgleich für erlittene Einbußen folgt. Sollen derartige Kosten-Nutzen-Rechnungen von vornherein den Charakter der Objektivität tragen, wird man sie zweckmäßigerweise einem neutralen Institut übertragen. Für Wien erscheint hierzu etwa das Wiener Institut für Standortberatung, das ja von Gemeinde und Kammer getragen wird, geeignet.

Doch so weit sind wir noch gar nicht. Die zuständigen Gremien werden den Planern noch weitere Richtlinien geben müssen. Zuletzt wurde vom Amtsblatt der Stadt Wien am 20. Jänner 1968 wörtlich gemeldet, daß eine Führung der U-Bahn bis Kagran "bereits beschlossene Sache" sei. Im heutigen Grundsatzbeschuß ist dessen aber beispielsweise keine Erwähnung getan. Allein an diesem kleinen Beispiel von Widersprüchlichkeiten sei demonstriert, daß wir offenkundig vor der Entscheidung stehen, ob der verkehrsmäßigen Sanierung der zentralen Bereiche unserer Stadt oder den Entwicklungsgebieten der Vorrang einzuräumen ist. Diese Entscheidung wird ohne Verzug in den politischen Gremien zu treffen sein und kann nicht allein den Planern angelastet werden.

Vom Standpunkt der verkehrsmäßigen Wertigkeit ist es für die Verkehrsbetriebe keine Frage, daß der Vorrang der Sanierung der zentralen Bereiche zukommt. Auch Professor Sill bemerkt, daß es ohne jeden Zweifel bei der Situation Wiens vordringlich ist, zunächst das Grundnetz im Stadtkern auszubauen, um, wie er sagt, die bestehenden Verkehrsnöte zu beheben, die sich Jahr für Jahr verschärfen werden, bis die U-Bahn den öffentlichen Nahverkehr im Stadtkern übernimmt. Geschickte Kombinationen sind sehr erwünscht, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie nicht den Wert der Kombinationsfaktoren selbst in Frage stellen. Keinesfalls läßt sich auf diese Weise kaschieren, daß planmäßige Verkehrserschließung neuer Siedlungsgebiete in der Vergangenheit verabsäumt wurde.

Es muß in diesen Zusammenhang auch offen dargelegt werden, daß die Einengung der im Antrag ausgewiesenen Linie U2 auf die Strecke Ringturn-Karlsplatz einen Rumpf darstellt. Lediglich auf dem Papier sieht es so aus, als bildete diese Rumpflinie einen Ring mit der Wientallinie. In Wahrheit wäre bei einem Verharren auf einer Endstelle Karlsplatz weder die neue Hauptwerkstätte hinter dem Zentralfriedhof auf einem Schienenweg der Verkehrsbetriebe für die U-Bahn-Wagen erreichbar, noch ließen sich Karlsplatz und Schwarzenbergplatz verkehrlich sanieren, wenn sie durch Gleise zerschnitten würden. Eine Unbill, die nicht nur dem öffentlichen Verkehr, sondern sehr wohl auch den Autofahrern zur Last fiel. Es ist daher dringend zu fordern, daß dem Gemeinderat ohne Verzug Anträge für eine Beseitigung dieser Mängel vorgelegt werden.

Meine Fraktion bekennt sich unverändert zu dem Grundsatz, daß die Bundeshauptstadt ein legitimes Anrecht darauf hat, für die Lösung ihrer Verkehrsprobleme Bundeshilfe anzusprechen. Wien wandte sich niemals dagegen, daß in den übrigen acht Bundesländern die Verkehrsleistungen in hohem Maße durch Bundeseinrichtungen und somit solidarisch finanziert werden. Die Bundeshauptstadt kann somit auch von den übrigen Bundesländern Verständnis dafür erwarten, daß den zentralen und speziellen Aufgaben Wiens auch auf dem Verkehrssektor durch Bundeshilfe Rechnung getragen werden soll.

Meine Fraktion steht aber nicht auf dem Standpunkt, daß der neue sozialistische Slogan "Wien hilft sich selbst" geeignet ist, Bestmögliches für unsere Heimatstadt zu erreichen.

Über einen Punkt der vom Gemeinderat bestätigten Empfehlungen der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission aus dem Jahre 1966 geht der vorliegende Antrag der Stadtbaudirektion mit völligem Schweigen hinweg. Es ist jener Punkt, der die zuständigen Dienststellen des Magistrates beauftragte, ein Ausbau- und Finanzierungsprogramm für das Grundnetz und die wichtigsten daran anschließenden Linien auszuarbeiten und den zuständigen Gremien vorzulegen. Es ist schon recht gewagt, den Gemeinderat im unklaren zu lassen, welche Vorstellungen über die finanziellen Realisierungsmöglichkeiten des vorliegenden Grundsatzbeschlusses herrschen. Vollends unverständlich aber ist es, daß man die beim Bund anzumeldenden finanziellen Wünsche nicht durch aktuelle Zeit-Kosten-Rechnungen belegt, um glaubhaft zu dokumentieren, daß Wien der Hilfe auch wirklich bedarf.

Gewiß, es existieren Schätzungen über einen Kostenaufwand von etwa sieben Millionen Schilling für ein Grundnetz, das mit dem heute zu beschließenden allerdings nicht identisch ist. Gewiß auch eine Ziffer, die gewaltig ist. Doch legen wir uns hier im Gemeinderat einmal Rechenschaft darüber ab, welche Beträge seit 1951 für unterirdische Verkehrsbauten aufgewendet wurden: Zweimal Matzleinsdorfer Platz und Südtiroler Platz, Opernpassage, Schottentor, Bellaria, Babenbergerstraße, Albertina und zuletzt die Lastenstraße verursachten Aufwendungen von mehr als einer Milliarde Schilling. Es wurden also mit $\frac{1}{7}$ jenes Betrages, den man für den Bau des Grundnetzes der U-Bahn für notwendig erachtete, Teillösungen im Verkehrsgeschehen geschaffen. In dieser Relation betrachtet, verliert der für den U-Bahn-Bau geschätzte Kostenaufwand vielleicht einiges von seinem Schrecken. Der Grundsatzbeschluß für die Wiener U-Bahn wird im Otto Wagner-Jubiläumsjahr gefaßt. Wir bemühen uns um die Erhaltung des Werkes dieses großen Architekten im Stadtbild neuerdings auch auf dem Verkehrssektor. Immer wieder hat sich die ÖVP in Anträgen für die Erhaltung des Stadtbildes eingesetzt. Dies muß auch bei Planung und Bau der U-Bahn berücksichtigt werden.

Wenn wir uns von Geist jener schöpferischen Epoche in unserer Heimatstadt inspirieren lassen, dann müßte daraus auch der Leitgedanke erwachsen, daß die kommende Wiener U-Bahn architektonisch aus einem einheitlichen Konzept sein soll. Die Nachkriegsjahre waren arm an großen architektonischen Leistungen. Das entschuldigende Argument von Notzeiten hat längst keine Gültigkeit mehr. Talente sind gewiß vorhanden, es liegt an der Gemeinde als Bauherr, ihnen Entfaltungsmöglichkeit und schöpferische Aufgaben zu geben. Lassen wir die historische Gelegenheit des endlichen Baues einer U-Bahn in unserer Stadt nicht ungenützt verstreichen. Stellen wir die Architekten der Gegenwart vor die große Aufgabe, in einem Wettbewerb unserem Stadtbild bei einem Zweckbau neue Akzente zu geben. Einem Zweckbau, dessen die Stadt seit langem dringend bedarf. Mobilisieren wir die schöpferischen Kräfte unserer Stadt auf allen einschlägigen Sektoren, um mit der Wiener U-Bahn ein Werk zu schaffen, das nicht nur die Verkehrsnot und betrieblichen Probleme löst, das nicht nur die Freizeit der Bürger unserer Stadt erhöhen und das Wirtschaftsleben befruchten soll, sondern auch Zeugnis gibt vom Gestaltungswillen und der Gestaltungskraft unserer Generation."

GR. Nekula (SPÖ) erinnerte daran, daß es nach zeitgenössischen Quellen bei den großen Ringstraßenbauten Unmut in der Bevölkerung über die mit den Baustellen verbundenen Unannehmlichkeiten gab. Dies wird sich auch beim U-Bahn-Bau nicht vermeiden lassen. Wien muß heute nachholen, was andere Weltstädte bereits um die Jahrhundertwende realisierten, nämlich ein U-Bahnnetz. Man ist zur Überzeugung gelangt, unter anderem auch durch das Beispiel amerikanischer Städte, daß Wien nicht dem Verkehr geopfert werden darf. Dies ist nur durch getrennte Verkehrsebenen zu erreichen. Eine U-Bahn wird die Abwanderung von den öffentlichen Verkehrsmitteln stoppen und sicher auch viele Autofahrer den öffentlichen Verkehr rückgewinnen; hat sie doch neben den Vorteilen der Schnelligkeit und Pünktlichkeit auch den der Witterungsunabhängigkeit. Sie wird nicht nur für den Berufsverkehr, sondern auch für das kulturelle Leben wertvoll sein und auch zur Lösung der Parkraumprobleme beitragen.

Was die Finanzierung betrifft, ist es erfreulich, wenn die Wiener ÖVP den Standpunkt teilt, daß der Bund hier eine Verpflichtung hat. Nicht übersehen werden dürfen auch die bedeutenden Rationalisierungseffekte: Durch die U-Bahn werden rund 93 Millionen Schilling jährlich eingespart werden können. Der österreichischen Wirtschaft werden durch den Auftrag, 190 U-Bahn-Waggons zu bauen - wenn auch in Lizenz - rund eine Milliarde Schilling zufließen und zwar besonders einem krisenanfälligen Industriezweig. Daß es bei einem so gigantischen Projekt in Detailfragen verschiedene Auffassungen gibt, ist ganz natürlich. Jedenfalls ist die U-Bahn für die Zukunft Wiens von größter Bedeutung.

Stadtrat Heller (SPÖ) geht in seinem Schlußwort zunächst auf den Debattenbeitrag von Stadträtin Dr. Maria Schaumayer ein, den er als merkwürdig und etwas demagogisch bezeichnete. Die darin erwähnte Studie von Professor Dorfwirth ist beispielsweise bereits fertig und abgeliefert. Unrichtig ist auch, daß der Matzleinsdorfer Platz oder der Südtiroler Platz zweimal hätten umgebaut werden müssen.

Durch den heutigen Beschluß wird das ursprüngliche Grundnetz keineswegs geändert, wie es in Zeitungsmeldungen hieß. Es wurde nur die Linie 3 vorläufig herausgenommen und die Linie 2 nicht in der gesamten Länge beschlossen, da für diese Teile noch nicht alle Voruntersuchungen abgeschlossen sind. Auch an den Empfehlungen der Planungskommission hat sich nichts geändert; es wurden nur nicht alle ihre Formulierungen in den heutigen Beschluß aufgenommen, weil dieser ja nur einen Teil des Grundnetzes betrifft.

Wien bemüht sich, die Tür zu Gesprächen mit den Bundesbahnen über das Schnellbahnnetz offen zu halten. Das seinerzeit in einer Broschüre veröffentlichte Schnellbahnnetz scheint heute nicht mehr zu gelten. Es hat sich ja seither politisch viel geändert und die heutige Regierung ist offenbar nicht mehr gewillt, die ursprünglichen Pläne zu realisieren.

Über die Finanzierung hat Vizebürgermeister Slavik mit Finanzminister Schmitz bereits ausführliche Gespräche geführt, die nun mit dem neuen Finanzminister wieder aufgenommen werden müssen. Anlässlich der Überreichung des Memorandums an Bundeskanzler Klaus am 11. April 1967 hat dieser es als Selbstverständlichkeit hingestellt, daß der Bund der Stadt Wien bei der U-Bahn-Finanzierung

hilft. Finanzminister Schmitz hat dem allerdings kurz nachher widersprochen. Auf jeden Fall wird zum eigentlichen Baubeginn ein Finanzierungs-Konzept vorgelegt werden.

Zu Detailfragen der Trassenführung erläuterte Stadtrat Heller, daß für die Linie 3 noch verschiedene Varianten untersucht werden. Diese Linie könnte näher an der Mariahilfer Straße - etwa durch die Lindengasse - oder aber durch die Lerchenfelder Straße verlaufen. Hinsichtlich einer Verlängerung nach Kagran hat der Bauausschuß nur den Beschluß gefaßt, ein Ingenieurbüro mit einer Vorstudie zu beauftragen. Der Gemeinderat wird jedoch über alle Details, auch über die Lage der einzelnen Stationen, noch reichlich Diskussionsmöglichkeiten haben.

Betreffend den Schildvortrieb konnten noch keine Unterlagen vorgelegt werden, weil es noch keineswegs feststeht, in welchen Bereichen in Schildbauweise gearbeitet wird. Dazu sind noch weitere Vorarbeiten nötig. Die Resultate der bisherigen Probebohrungen werden derzeit in der Technischen Hochschule ausgewertet.

Der Zivilschutz hat unter Verwendung der U-Bahn-Broschüre des Stadtbauamtes ein Heft herausgebracht, in dem Zivilschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau erörtert werden. Auch diese Fragen sind also in Fluß.

Ein Diskussionsredner hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß seit der Beschlußfassung am 17. November 1966 viel Zeit vergangen ist. Seinerzeit wurde gesagt, man soll genau prüfen, nichts übereilen usw. Wenn man dann genau prüft und diese Planungsarbeiten genau durchführt, kommt der Vorwurf "vielzuviel Zeit ist vergangen". Sowohl das Stadtbauamt als auch die Verkehrsbetriebe haben ein bescheidenes Planungsteam von nur 20 Personen zur Verfügung. Die Stadt Frankfurt, deren Planungsarbeiten nicht so weit gediehen sind, hat 80 amtseigene Personen für diese Planungsarbeiten zur Verfügung. Der Stadtrat dankte dem kleinen Wiener Team von Fachleuten für die gute Arbeit, die es bei diesen Planungen geleistet hat. (Allgemeiner Beifall).

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Ankauf der Bisamberggründe

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Ankauf von rund 288.000 Quadratmeter Grund am Bisamberg. Der Redner stellt fest, daß die Stadtverwaltung seit vielen Jahren bemüht **ist**, das Ausflugsgebiet für die Wiener Bevölkerung durch Grundankäufe zu sichern und zu vergrößern. Es wurde damit begonnen, Waldstücke aus dem Wienerwald anzukaufen. Es wurden die Schwarzenberggründe angekauft, Grundstücke am Sommerhaidenweg und so weit es möglich war, haben wir uns immer **weiter** südwestlich vorgearbeitet und sind jetzt daran, ein nicht unbeträchtliches Stück in Breitenfurt zu erwerben. Lange Verhandlungen waren notwendig, um Laxenburg, gemeinsam mit Niederösterreich, als Ausflugsziel und Erholungsgebiet für die Bevölkerung zu schaffen. Der Bisamberg ist als Ausflugsziel für die Bewohner nördlich der Donau von besonderem Interesse. Die seinerzeitigen Verhandlungen waren erfolglos, da der Besitzer der Bisamberggründe verschiedene Projekte im Auge hatte. Nun ist es jedoch gelungen, mit dem Eigentümer zu neuen Verhandlungen zu kommen und diese erfolgreich abzuschließen. Die ursprüngliche Forderung lag bei rund 11,5 Millionen Schilling. Man hat sich dann bei 8,5 Millionen geeinigt und 50.000 Schilling als Beitrag für die Straße, die gebaut wurde, als die Widmung eines Teiles des Grundes als Bauland erfolgte. Sicherlich ist der Preis nicht gerade niedrig, wenn man bedenkt, daß seinerzeit bei dem Ankauf der Gründe am Sommerhaidenweg ein Quadratmeterpreis von 4 Schilling bezahlt wurde, und dann später, verbunden mit der Änderung des Geldwertes für die Gründe der Wienerberger Ziegelfabriks AG ein Quadratmeterpreis von 7 Schilling. Man hat sich bei den Bisamberggründen dann auf **8.70 Schilling** geeinigt, und zwar für jene Teile, die als Ergänzung des Wald- und Wiesengürtels gelten. Für die bereits als Bauland gewidmeten 17.699 Quadratmeter einigte man sich auf 165 Schilling pro Quadratmeter und für die 31.701 Quadratmeter zukünftiges Bauland auf 110 S pro Quadratmeter. Eine Verpflichtung mußte, die Stadt Wien noch übernehmen, und zwar an der Stelle, an der ein altes Gasthaus stand, ein Restaurant für ungefähr 100 Personen im Laufe der nächsten fünf Jahre zu errichten.

Wie gesagt, das Grundstück ist nicht gerade billig. Im Interesse der erholungsuchenden Bevölkerung sei der Ankauf jedoch von großer Bedeutung. Derartige Probleme dürfte man eben nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß auch seine Fraktion der Meinung sei, der Bisamberg müsse der Wiener Bevölkerung erhalten bleiben. Dem Kaufvertrag könne jedoch nicht "ungeschaut" zugestimmt werden.

Nach einem Gutachten von Dipl.-Ing. Nisslein sei ein Quadratmeterpreis von 120 bis 150 Schilling im Bisamberggebiet üblich. Der Preis von 165.90 S, den die Gemeinde bezahlen müsse, sei trotzdem noch vertretbar, wenn man den Zweck berücksichtige.

Die Gemeinde Wien habe jedoch vermutlich auch noch andere Verpflichtungen von dem früheren Grundbesitzer Dr. Georg Mautner Markhof übernommen. Ein Brief des Anwalts von Mautner Markhof, Dr. Neuburg, lasse vermuten, daß jene beiden Architekten, die Mautner Markhof bei seinem Hotelprojekt beraten haben, von der Gemeinde Wien durch Gemeindeaufträge entschädigt werden sollen. Diese beiden Architekten, Lukas Lang und Peter Czernin, hätten von Mautner Markhof 4,2 Millionen Schilling als Honorar bekommen sollen. Angeblich sollen sie nun durch Gemeindeaufträge entschädigt werden. GR. Dr. Hirnschall ersuchte Baustadtrat Heller um Aufklärung dieses Punktes.

Nach Punkt 8 des Kaufvertrags sei die Gemeinde Wien verpflichtet - angeblich auf Wunsch der Gemeinde Bisamberg - auf dem Berggipfel ein Restaurant zu errichten. Nicht genug damit, müsse sie auch für den Betrieb - entweder durch einen Pächter oder in Eigenregie - sorgen. Im Falle der Passivität dieses Restaurants könnten der Gemeinde somit Kosten erwachsen, die den Kaufschilling von 8,5 Millionen Schilling bedenklich übersteigen würden, zumal die erwähnten Verpflichtungen zeitlich nicht limitiert sind.

Seine Fraktion sage ja zum Ankauf der Bisamberggründe, schloß GR. Dr. Hirnschall, lehne aber Kopplungsgeschäfte ab. Sie werde daher dem Antrag in seiner gegenwärtigen Form nicht ihre Zustimmung geben.

Als nächster Debattenredner kam GR. Wiesinger (SPÖ) zu Wort, der den Bisamberg als Ausflugsgebiet der Bewohner des 21. und des 22. Bezirkes charakterisierte. Die Floridsdorfer nennen ihren Hausberg "Pensionistenglötscher", woraus hervorgehe, daß der Bisamberg als leicht begehbarer Berg gerne von älteren Leuten bestiegen werde.

Auch botanisch sei der Bisamberg sehr interessant: Von den 40 in Österreich vorkommenden Orchideenarten sind zehn bis zwölf auf dem Bisamberg zu finden. An manchen Stellen könne man sogar noch die Nachtigall schlagen hören. Abschließend dankte Gemeinderat Wiesinger der Wiener Presse, weil sich diese allen Verbauungsplänen massiv entgegengestellt habe.

Abschließend stellte der Debattenredner fest, daß es darum gehe, dem stets wachsenden Stadtteil Floridsdorf eine Erholungsfläche zu erhalten und die Verhüttelung zu verhindern. "Seit der Donauregulierung kämpfen wir um jede Fußbreit Grünland".

GR. Bittner (ÖVP) lobt als nächster Floridsdorfer den geplanten Ankauf und stellt fest, daß seine Partei jedenfalls dafür sei. Seine Anregung: in Zukunft nicht nur auf Landes- sondern auch auf Gemeindeebene mit Niederösterreich rechtzeitig über ähnliche Projekte zu reden, weil es dann unter Umständen dank einer Interessengleichheit "billiger" käme.

In seinem Schlußwort weist Stadtrat Sigmund darauf hin, daß er in Bezug auf das Gasthaus auf der Bisamberghöhe tatsächlich nur "100 Personen" gesagt habe und die in der Debatte aufgeschienenen 400 lediglich bei schönem Wetter und im Garten zu erwarten seien. Er versichert, daß außer den vorgetragenen keine wie immer gearteten Bedingungen für den Vertrag bestehen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Neue Bestattungstarife

Eine Tarifbereinigung bei der städtischen Bestattung beantragte sodann der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer. In den letzten Jahren konnte die Städtische Bestattung einen eindeutigen Zug zu höherwertigen Leistungen feststellen. Dieser Trend traf heuer erstmalig mit einem anderen zusammen, nämlich dem der Unterdeckung der seit 1953 unverändert gebliebenen Tarife bei diesem Unternehmen. Hatte man bisher durch Konzentration und tiefgreifende Rationalisierungen das Auslangen gefunden, so zeigte sich bei den Berechnungen für das Wirtschaftsjahr 1968, daß ein wirtschaftliches Gleichgewicht ohne Tarifregulierung nicht mehr aufrecht zu erhalten sein wird.

Die vorgeschlagenen Erhöhungen betragen gegenüber den derzeitigen Tarifen, bezogen auf die vierte Klasse zwei Prozent, auf die dritte Klasse sieben Prozent, auf die zweite Klasse zwölf und auf die erste Klasse vierzehn Prozent. Die 1953 aufgelassene "Superklasse" wird in anderer Form auf Grund der Nachfrage wieder eingeführt. Für gänzlich Mittellose, für die bisher ein "Fürsorgebegräbnis" geleistet wurde, wird in Zukunft neuerdings die Bestattung wie in der vierten Klasse vorgenommen werden. Die Kosten trägt in solchen Fällen die Städtische Bestattung.

Ferner soll es in die Direktionskompetenz fallen, so wie bei der Friedhofsverwaltung in Unterscheidung zwischen Haupt- und Wahlfriedhöfen bis zu 100 Prozent höhere Sätze in Anwendung zu bringen. Die Tarife der Städtischen Bestattung sollen am 1. März 1968 in Kraft treten.

GR. Peter (FPÖ) erklärte, er wende sich namens seiner Fraktion gegen jede Art von Tariferhöhung, dies nicht zuletzt als Demonstration gegen die Wahlversprechungen der großen Parteien, die immer wieder ein stabiles Preisniveau gefordert hätten und nun ihre Versprechungen nicht hielten.

Peter nahm auch gegen die Einteilung in Haupt- und Nebenfriedhöfe Stellung, da auf diese Weise ein völlig ungerechtfertigtes Preisgefälle zwischen diesen beiden Arten von Friedhöfen entstehen könnte. Seine Fraktion, sagte der Redner, könne den vorliegenden Antrag jedenfalls nicht zustimmen.

In ihrem Schlußwort begründete Stadträtin Dr. Schaumayer die notwendig gewordenen Tariferhöhungen neuerlich damit, daß die Tarife seit dem Jahre 1953 gleichgeblieben, die Personalkosten jedoch seit 1954 auf etwa das Dreifache gestiegen seien.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Beifall für die Feuerwehr

Zum Schluß wurde die dringliche Anfrage der SPÖ verhandelt, die die Brandbekämpfung bei dem Großfeuer im Modehaus Adlmüller am 23. Jänner 1968 zum Gegenstand hatte. Zur Begründung der Dringlichkeit sprach Gemeinderat Planek, der Zeitungsmeldungen zitierte, wonach das Eintreffen der Feuerwehr verspätet erfolgt sei und sich dadurch der angerichtete Schaden erhöht habe.

Der Gemeinderat erkannte der Anfrage mit den Stimmen aller Fraktionen die Dringlichkeit zu.

Daraufhin wurde die an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe XI gerichtete dringliche Anfrage vom Vorsitzenden im Wortlaut verlesen. Sie lautete: "Ist der Herr Amtsführende Stadtrat bereit, den Gemeinderat über den Einsatz der Feuerwehr beim Brand des Modehauses Adlmüller am 23. Jänner 1968 näher zu informieren?"

Stadtrat Sigmund (SPÖ) beantwortete die Anfrage sofort. Er legte den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse dar, insbesondere den Umstand, daß die Feuerwehr bereits drei Minuten nach ihrer Verständigung am Brandort eingetroffen sei. Die Brandbekämpfung sei von den Feuerwehrmännern in aufopfernder Weise durchgeführt worden. Unter dem Beifall aller Fraktionen sagte der Stadtrat: "Wenn man bedenkt, daß die Feuerwehr erst einige Tage vorher bei der Surmkatastrophe rund 500 Einsätze gefahren hat, muß man sagen: Die Wiener Feuerwehr hat es nicht verdient, auf diese merkwürdige Weise in ihrem Ruf geschädigt zu werden."

Der Vorsitzende, GR Dr. Bohmann schließt um 16.40 Uhr die Sitzung. Damit war die Tagesordnung erledigt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -